

Mit Petition gegen drohende Kirchenfusion

BUBIKON. Eine Gruppe von besorgten Bubiker Reformierten hat eine Petition lanciert. Sie will damit erreichen, dass die Kirchenpflege Bubikon sich für die Autonomie der Gemeinde einsetzt. Ob die Fusionspläne des Kirchenrats für Bubikon je Realität werden, ist offen.

REGULA LIENIN

Reformierte Kirchgemeinden im Kanton Zürich sollen künftig aus 5000 bis 7000 Mitgliedern bestehen. Dies kommunizierte der Kirchenrat in seiner Antwort auf ein Postulat im letzten Sommer. Die Nachricht warf auch bei den Angestellten der Reformierten Kirche Bubikon hohe Wellen. «Ich habe meinen Augen nicht getraut», sagt Thomas Muggli-Stokholm, reformierter Pfarrer aus Bubikon, «als ich dies aus der Zeitung vernahm.» Anstelle des ersten Schocks ist inzwischen eine kämpferische Haltung getreten: Muggli-Stokholm hat zusammen mit anderen engagierten Reformierten eine Petition lanciert. Darin ersuchen sie die Kirchenpflege Bubikon, sich für die Erhaltung der Selbstständigkeit der Evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Bubikon einzusetzen.

Spontane Abstimmung

In Bubikon und Wolfhausen leben 3024 Reformierte. Bei ihnen wollen nun die Petenten – neben den zwei Bubiker Pfarrern sind weitere Mitarbeiter und Freiwillige im Unterstützungskomitee dabei – bis zum 19. Mai Unterschriften sammeln. Dass die Petition überhaupt lanciert wurde, ist auf die letzte Kirchgemeindeversammlung von Mitte März zurückzuführen. An der freien Versammlung ohne Traktanden wurden unter anderem auch die Pläne zu den Kirchenfusionen diskutiert. Spontan kam es zu einer Konsultativabstimmung zum Thema. Dabei sprachen sich bei der unverbindlichen Abstimmung alle Anwesenden gegen das Szenario eines Zusammenschlusses mit einer anderen Gemeinde aus. «Wir haben in Bubikon ein sehr vitales Gemeindeleben», erklärt Muggli-Stokholm das klare Resultat. In Bubikon nehme man die Pläne des Kirchenrats als Eingriff wahr, der die individuelle Situation nicht berücksichtige und mehr Schaden als Nutzen bringe. «Die Petition ist nun die Verstärkung derjenigen Abstimmung im März.»

Petition ist keine Überraschung

Der Bubiker Kirchenpflegepräsident Thomas Illi kennt die kritischen Stimmen innerhalb seiner Gemeinde. Die Petition kommt für ihn deshalb nicht überraschend. «Welches Gewicht sie schliesslich hat, wird sich anhand der Zahl der Unterschriften zeigen», sagt er und verweist auf die stattlichen 1500 Unterschriften, welche Anfang Jahr für den Erhalt des Bühlhof-Kindergartens gesammelt wurden. Illi selber steht dem Reformprojekt ebenfalls kritisch gegenüber, ist aber

nicht grundsätzlich gegen die Fusion von Kirchgemeinden. «Dort, wo beispielsweise eine Fusion der Politischen Gemeinden ansteht, macht auch ein Zusammenschluss der Kirchgemeinden Sinn.» Er mahnt aber, dass man die Thematik differenziert betrachten sollte. Zum einen müssten die Kirchen schlussendlich die Bestimmungen, die Kirchenrat und Synode am Ende der Projektphase verabschieden, umsetzen. Zum anderen gebe es Zeichen, die es ernst zu nehmen gelte. «Im kommenden Jahr stimmen wir über die Initiative der Jungfreisinnigen ab, die die Kirchensteuer für Unternehmen abschaffen wollen.»

Ob Fusion kommt, ist ungewiss

Was die Reformpläne konkret für Bubikon bedeuten, ist ungewiss. Zurzeit spricht man bei der Landeskirche nicht mehr von Mitgliederzahlen pro Gemeinde. «Vielleicht war es etwas ungünstig, mit der Lancierung des Themas anhand konkreter Zahlen einen Rahmen abzustecken», gibt der Kommunikationsleiter Nicolas Mori zu.

Momentan sind die Regionalkonferenzen im Gang, bei denen sich Kirchenpfleger und Kirchenmitarbeiter mit den Vertretern der kantonalen Landeskirche zu Gesprächen treffen. Der Bubiker Kirchenpflegepräsident hat bereits an einer Konferenz teilgenommen – mit gemischten Gefühlen.

«In Bubikon nimmt man die Pläne als Eingriff wahr.»



Thomas Muggli-Stokholm

Er habe den Eindruck gewonnen, dass die Landeskirche von den Gemeindevertretern Überzeugungsarbeit für das Projekt erwarte. «Das bringt Behördenmitglieder und Pfarrpersonen in einen Loyalitätskonflikt», sagt Illi.

Aktive Teilnahme gefragt

Pfarrer Thomas Muggli-Stokholm hat Verständnis für die Reformbestrebungen seiner Kirche. «Wir haben Probleme, die gelöst werden müssen.» Er kritisiert aber den Ansatz des Kirchenrats – und vor allem dessen Kommunikation. «Mit seinem Vorgesprechen im letzten Sommer hat er das Resultat vorgegenommen.» Besonders überrascht hat ihn der Entscheid der Synode vom September, der das Projekt «KirchGemeindePlus» guthiess. «Ich hatte immer den Eindruck, dass von seiner Seite die Gemeindeautonomie unantastbar ist.»

Nicolas Mori von der Landeskirche verteidigt die Pläne des Kirchenrats: «Es stimmt nicht, dass das Projekt von oben verordnet wird.» Der Ball liege letztlich bei den Kirchgemeinden.

Diese müssten nun die Initiative ergreifen. Das tun die Bubiker Petenten – allerdings nicht ganz im Sinn des Kirchenrats.

«Man muss die Thematik differenziert betrachten.»



Thomas Illi



Die Reformierte Kirche Bubikon soll im Dorf bleiben. Ein Komitee engagierter Kirchgänger hat eine Petition lanciert, mit der es den Zusammenschluss mit einer anderen Gemeinde verhindern will. Archivbild: Monika Cadosch

ANZEIGE

ZKB inklusiv:
Von Konto bis Kreditkarte –
jetzt Paket bestellen und profitieren.



Jetzt entdecken auf www.zkb.ch/inklusiv

Privatkonto, Sparkonto Plus mit Bonuszins, Maestro- und Kreditkarte, Online- und Mobilebank: Wählen Sie Ihr Paket ZKB inklusiv, ZKB inklusiv Gold oder ZKB inklusiv Platinum und profitieren Sie von attraktiven Vergünstigungen. Ein Angebot, ein Preis, eine Ansprechperson.

Die nahe Bank



Das Projekt «KirchGemeindePlus»

Im vergangenen November startet die Reformierte Landeskirche das Reformprojekt «KirchGemeindePlus». Der Zeitplan ist ambitioniert: Bis März 2014 setzen sich Fachexperten, Kirchenvertreter und die Basis in Konferenzen und Treffen mit der Thematik auseinander. Bereits ab Mai 2014 beginnt die Phase des Zusammenwachsens – mit Dialogen

zwischen Gemeinden und professionellen Prozessbegleitungen. Von April 2015 bis März 2017 werden neue Gemeindekonzepte erarbeitet. Im Sommer 2017 befindet die Kirchensynode über das Gesamtpaket. Geplant ist, dass die neuen Gemeinden in der Amtsdauer 2018 bis 2022 mit den neuen Struktur beginnen. (rli)